Zur kontroversen Diskussion über die Wehr- und Dienstpflicht am Beispiel von Beiträgen aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)

„Freiheitsdienst“, Wehrpflicht oder Gesellschaftsjahr?

Um Deutschland zu verteidigen, braucht es Soldaten. Doch die fehlen. Welche Vorschläge gibt es, um daran etwas zu ändern? Die wichtigsten Fragen und Antworten. 1

Ukraine-Krieg: Kann Demokratie ohne Opferbereitschaft überleben?

Staatliche Gemeinwesen sind auf die Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, im Kriegsfall mit ihrem Leben für sie einzustehen. Was uns der Ukrainekrieg lehrt. 3

Welche Opfer wollen wir bringen, um keine zu werden

Haben Habermas und Tucholsky daran Schuld, dass wir heute das Militär verachten und so tun, als hätten wir keine Feinde? Eine Antwort auf Egon Flaigs Manifest eines deutschen Opfer-Nationalismus. 9

Mit jungen Männern allein sind wir verloren

Eine künftige Wehrpflicht sollte alle Lebensalter und Gesellschaftssphären erfassen. 11

„Freiheitsdienst“, Wehrpflicht oder Gesellschaftsjahr?

Um Deutschland zu verteidigen, braucht es Soldaten. Doch die fehlen. Welche Vorschläge gibt es, um daran etwas zu ändern? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Von Theresa Weiß

Um Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, braucht es auch eine schlagkräftige Armee. Doch die Bundeswehr steht vor Problemen, allem voran Personalmangel und eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur. Die persönliche Ausrüstung, die lange als mangelhaft galt, konnte mit einer Milliardeninvestition im Jahr 2022 modernisiert werden. Doch es braucht mehr. Lauter diskutiert wird seit einiger Zeit auch über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die bayerischen Grünen sind gerade mit einem Vorschlag für einen „Freiheitsdienst“ vorgeprescht. Wir haben die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema zusammengetragen.

Wie viele Soldaten fehlen der Bundeswehr, und warum?

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 ist die Zahl der aktiven Soldatinnen und Soldaten bis 2023 von mehr als 206.000 auf 181.500 geschrumpft. Zwar gelang es der Bundeswehr seit 2016, langsam wieder zu wachsen. Doch nach Angaben der Wehrbeauftragten des Bundestags, Eva Högl, verlassen etwa 25 Prozent derer, die neu zur Truppe kommen, diese nach kurzer Zeit wieder.

Hinzu kommen die Austritte wegen des Alters und Dienstende von Zeitsoldaten. 2024 sollten nach Angaben der Bundeswehr rund 24.000 Soldatinnen und Soldaten die Truppe geplant verlassen. Einer Recherche des Bayerischen Rundfunks zufolge habe die Bundeswehr davon etwa 8000 halten können – zwanzig Prozent mehr als 2023.

Die Bundeswehr gibt selbst ein Ziel aus: 203.000 aktive Soldaten bis zum Jahr 2031. Stand Januar waren es 182.857. Doch die Personallücke ist nach Ansicht des Generalinspekteurs

der Bundeswehr, Carsten Breuer, noch größer. Er sagte der F.A.Z. im März: „Wir benötigen ein Aufwuchspotential, das uns befähigt, mit mindestens 460.000 Soldatinnen und Soldaten zu kämpfen."

Vonseiten der Bundeswehr heißt es, nur eine Rückkehr zur Wehrpflicht könne die Lücken füllen. Mit Marketing und Werbung sei das Potenzial ausgeschöpft.

Könnte man einfach so zur Wehrpflicht zurückkehren?

Als die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, schien ein Verteidigungsfall unwahrscheinlich. Nun sieht es anders aus: „Man muss davon ausgehen, dass Russland ab 2029 militärisch in der Lage sein wird, einen NATO-Staat anzugreifen", sagte der inzwischen geschäftsführende Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) vergangenes Jahr.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde festgelegt, dass sie im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wiederbelebt wird.

Da sie in Friedenszeiten nur ruht, könnte man sie mit einfacher Mehrheit im Bundestag wieder einsetzen. In den derzeitigen Koalitionsverhandlungen fordert die Union dies auch. Doch die SPD pocht auf Freiwilligkeit und will eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zur Einführung eines neuen Dienstes. Dies deckt sich mit dem Vorschlag zum „Neuen Wehrdienst" von Pistorius aus dem vergangenen Sommer: Jeder Mann, der 18 Jahre alt wird, muss demnach einen Musterungsfragebogen ausfüllen. Bekundet er dort Interesse, in der Bundeswehr zu dienen, soll er zur Musterung eingeladen werden. Pistorius hofft, so etwa 40.000 Männer im Jahr zu mustern. Kurz vor dem Aus der Ampel einigte sich die Bundesregierung noch auf den Vorschlag; zu einer Abstimmung kam es jedoch nicht.

Doch selbst wenn der Bundestag die Wehrpflicht wiedereinsetzen würde – die Bundeswehr steht vor großen Problemen, die Rekruten zu mustern, unterzubringen und auszubilden. Denn mit der Aussetzung der Wehrpflicht waren 2011 auch alle Strukturen für eine Wehrpflicht aufgelöst worden, etwa die Kreiswehrersatzämter, die für die Musterung zuständig waren. Liegenschaften wurden verkauft, es fehlt zudem an Kasernen und Ausbildern.

Was ist mit den Frauen?

Frauen sind derzeit nicht wehrpflichtig, können aber einen freiwilligen Dienst leisten. Dies zu ändern, bedürfte jeweils einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, da der „Charakter" der Wehrpflicht, wie er in Artikel 12 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, damit verändert würde. Auch Pistorius befürwortet eine generelle Dienstpflicht. Da der Weg dorthin jedoch länger dauern wird, spricht er sich dafür aus, schon einmal mit dem „Neuen Wehrdienst" zu beginnen. Das Musterungsformular dürfen auch Frauen ausfüllen, sie sind dazu jedoch nicht verpflichtet. Die Union kritisierte dies als verpasste Chance.

Was steckt hinter dem Vorschlag für einen verpflichtenden „Freiheitsdienst"?

Aus der bayerischen Grünen-Landtagsfraktion hat sich Fraktionschefin Katharina Schulze am Wochenende zu Wort gemeldet. „Es ist an der Zeit, die Frage zu stellen: Was kannst du für dein Land tun?", wird sie von der Deutschen Presse-Agentur zitiert. Und ihre Antwort darauf ist ein Pflichtdienst von sechs Monaten für alle zwischen 18 und 67 Jahren. Das könne ein Wehrdienst, ein Dienst im Bevölkerungsschutz, bei der Feuerwehr oder Hilfsorganisationen sein, oder sechs Monate Gesellschaftsdienst. Schon abgeleistete Dienste oder bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten sollen angerechnet werden. Nach Ende der Schulpflicht soll es dafür eine allgemeine Musterung für Frauen und Männer geben, bei der über die Zweige des „Freiheitsdienstes" informiert werden soll, soweit der Vorschlag.

Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, unterstützt den Vorstoß der Grünen aus Bayern. Sie finde den Vorschlag „sehr sehr gut“, sagte die SPD-Politikerin im Deutschlandfunk. Einen Gesellschaftsdienst hatte sie selbst schon ins Spiel gebracht. Dieses Jahr könnte im Umweltschutz, im sozialen Bereich oder bei der Bundeswehr abgeleistet werden und wäre für Männer wie Frauen verpflichtend. Ein solcher Pflichtdienst ließe sich aber nur mit einer Grundgesetzänderung umsetzen. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt befürworteten die Idee.

Laut Grundgesetz darf in Deutschland niemand zum „Dienst mit der Waffe gezwungen werden“, wie es in Artikel 4 heißt. In diesem Fall wäre wohl ein Ersatzdienst zu leisten, so wie früher der Zivildienst.

Wie ist die Wehrpflicht in anderen Ländern geregelt?

In Europa halten nur noch Österreich, die Schweiz, Griechenland, die Türkei sowie die nord- und osteuropäischen Staaten an der Wehrpflicht fest. Doch die veränderte Bedrohungslage führt auch bei europäischen Nachbarn zu Reformen. Dänemark hat vor wenigen Tagen die Wehrpflicht für Frauen eingeführt. Künftig sollen demnach Frauen zu den gleichen Bedingungen dienen wie Männer. Däninnen, die nach dem 1. Juli dieses Jahres 18 Jahre alt werden, können im Laufe des Jahres 2026 eingezogen werden. In Schweden gilt eine Wehrpflicht für Frauen seit 2017. Sie wird ähnlich umgesetzt, wie Pistorius sich den „Neuen Wehrdienst“ vorstellt: Zum 18. Geburtstag müssen Schweden einen Musterungsfragebogen ausfüllen – nur eben auch Frauen. Auch in Norwegen müssen Frauen den Wehrdienst antreten, ebenso wie in Bolivien, Sudan, Tschad, der Elfenbeinküste und Eritrea. Auch in Israel müssen alle Bürger Wehrdienst leisten, Frauen zwei Jahre, Männer knapp drei. Viele Israelis leisten ihren Dienst jedoch auch im zivilen Bereich der israelischen Streitkräfte ab. Besonders lang müssen Bürger in Nordkorea dienen: Acht Jahre dauert der Wehrdienst für Männer, fünf für Frauen.

In Russland herrscht seit 2008 eine zwölfmonatige Wehrpflicht für Männer. In den USA ist der Wehrdienst seit 1973 freiwillig. Ein Gesetz des Kongresses könnte dies im Falle eines nationalen Notstands aber ändern.

(FAZ, 31.03.2025)

Ukraine-Krieg: Kann Demokratie ohne Opferbereitschaft überleben?

Staatliche Gemeinwesen sind auf die Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, im Kriegsfall mit ihrem Leben für sie einzustehen. Was uns der Ukrainekrieg lehrt.

Von Egon Flaig

Mit dem Ukrainekrieg ist die Frage akut geworden, wie kriegsfähig Demokratien sein müssen und wie weit die Kriegsfähigkeit abhängt vom Einsatzwillen des Staatsvolkes. Als Ernst Nolte 1993 bei den Bürgern unseres liberal-demokratischen Gemeinwesens „ein Ethos der Tapferkeit und des Verzichts“ anmahnte, bescheinigte er der jetzigen Gesellschaft, „ihrer Tendenz nach eine todverneinende Gesellschaft“ zu sein, weil sie „den Opfertod nicht zu rechtfertigen“ vermöge, gleichzeitig aber ohne „die Opferbereitschaft von Soldaten, Polizisten und Frauen in all ihrem Individualismus eine antiindividuelle, nämlich sterbende Gesellschaft“ sei.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dass „Opferbereitschaft“ hier keinen religiösen, sondern einen rein politischen Sinn hat, ist a priori klar. Griechen und Römer bezeichneten das Sterben für das Vaterland niemals als „Opfer“ (sacrificium). Beginnen wir mit einer Unterscheidung: Gesellschaften beruhen auf dem Tausch, Gemeinschaften auf dem Opfer – nämlich auf der Bereitschaft ihrer Mitglieder, füreinander einzustehen, also Gaben ohne Gegengabe zu leisten. Gemeinschaft und Gesellschaft sind keine Sozialformen, die einander historisch ablösten, wie Ferdinand Tönnies einst annahm, sondern sie sind stets koexistent.

Überall sind Menschen notwendigerweise Mitglieder der Gesellschaft und einer Gemeinschaft. Dem Bürger einer Republik bedeutet „Loyalität“ mehr als bloßer Gesetzesgehorsam. Er ist sich einer „Zugehörigkeit“ zu seiner gemeinsamen politischen Kultur bewusst. Die Teilhabe an der politischen Gemeinschaft – so betonte Ernst-Wolfgang Böckenförde, als er sich 2005 gegen den Beitritt der Türkei in die EU aussprach – befähigt den Bürger, einzustehen für gemeinsam zu tragende Lasten, und sie verlangt von ihm die Bereitschaft, Gaben ohne Gegengaben zu erbringen, also „Opfer“.

Dieses republikanische Axiom ist seit Jahrzehnten keine Selbstverständlichkeit mehr. So „entlarvten“ die Gründungsväter der Frankfurter Schule die Aufklärung, indem sie aufzeigten, wie im Kern derselben die „Opferlogik“ weiterwirke. Dagegen bemühte sich die zweite Generation derselben Schule, die Aufklärung zu retten, indem sie das Opfer exkludierte und perhorreszierte. Nach Jürgen Habermas ziele das aufklärerische Denken in seinem „normativen Kern“ direkt darauf, „die Moral des öffentlich zugemuteten sacrificium abzuschaffen“. Daraus folgerte er später: „Die Bereitschaft, für fremde und anonym bleibende Mitbürger gegebenenfalls einzustehen und für allgemeine Interessen Opfer in Kauf zu nehmen, darf Bürgern eines liberalen Gemeinwesens nur angesonnen werden.“

Kriegspflicht und Menschenwürde

Die Aussage markiert einen schroffen Bruch mit der Tradition des republikanischen Denkens. Habermas entpolitisiert das Gemeinwesen und verwandelt es in eine bloße Gesellschaft. Damit transformiert sich auch der Bürger zum bloßen Gesellschafter, zum shareholder.

Im Dunstkreis solcher Gesinnung scheuen Rechtsgelehrte nicht davor zurück, die Individualrechte zu verabsolutieren und zu dekretieren: „Das Freiheitsprinzip der Verfassung schließt jede rechtliche Inanspruchnahme des Menschen für letzte Güter, Ziele, Zwecke oder Werte aus, die ihn übersteigen“ (Hasso Hofmann). Träfe das zu, dann wäre die allgemeine Wehrpflicht – immerhin eine konstitutionelle Errungenschaft der modernen Staaten – verfassungswidrig.

Nicht selten wird der kantische Begriff der Menschenwürde ausgespielt gegen die zivische Pflicht zur Verteidigung des Gemeinwesens, weil diese Pflicht den Bürger instrumentalisiere und ihn zum bloßen Mittel degradiere. Doch Kant hat das Gegenteil gesagt. Auf die Frage „Welches Recht hat der Staat gegen seine eigenen Untertanen, sie zum Kriege gegen andere Staaten zu brauchen, ihre Güter, ja ihr Leben dabei aufzuwenden?“ antwortet er, als Staatsbürger sei der Mensch immer als mitgesetzgebendes Glied zu betrachten, „nicht bloß als Mittel, sondern auch zugleich als Zweck an sich selbst“. Freilich müsse er „auch zu jeder besondern Kriegserklärung, vermittelst seiner Repräsentanten, seine freie Beistimmung geben“, damit der Staat diesen „gefahrvollen Dienst“ von ihm einfordern könne.

Wenn das Gemeinwesen vom Bürger den Einsatz des Lebens verlangt, dann widerspricht das mitnichten der menschlichen Würde. Daraus folgt logisch die Pflicht der Bürger, gegebenenfalls ihr Leben für das Gemeinwesen einzusetzen. Kant als Republikaner steht somit gegen die gesamte Frankfurter Schule aller Generationen. Wenn eine Doktrin die Idee

des Opfers aus dem politischen Denken exorziert, dann weigert sie sich, den Ernstfall zu denken. Wie viel sie taugt kommt zum Vorschein, sobald der Ernstfall eintritt.

Das verpasste Momentum

Was heißt das für das Nachdenken über den Krieg der Ukraine?

Die Ukraine kämpft einen gründenden Krieg, in welchem das multiethnische und plurisprachliche ukrainische Volk zur Nation wird. Jacob Burckhardt hielt Kriege für Maßstabgeber, welche einer Nation ihre historische Kraft anzeigen, wobei es gelte, „diesen Punkt“ festzuhalten. Für gründende Kriege gilt das umso mehr. Sie sind gefüllt mit hoher historischer Ereignisqualität. Sie stellen geschichtliche Weichen, und sie imprägnieren das kollektive Selbstverständnis für mehrere Generationen. Wie dieses Selbstbild aussieht, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie die Nation ihren gründenden Krieg durchlebt und bewältigt.

Als am 24. Februar 2022 russische Truppen auf Kiew marschierten, sah es so aus, als kollabierte die ukrainische Verteidigung in kürzester Zeit. Doch es kam anders. Über das ukrainische Volk ging eine Welle von Entschlossenheit zur nationalen Selbstbehauptung. Französische Intellektuelle kontrastierten diesen Kampfeswillen mit dem raschen Kollaps der Dritten Republik im Mai 1940. Mit Blick auf diesen heroischen Schwung unterstrich der Chef des französischen Generalstabs, Thierry Burkhard bei der Parade am 14. Juli 2022, für die Moral einer Truppe sei die Unterstützung und die Anerkennung der ganzen Nation von unabdingbarer Nötigkeit.

Welche politik-philosophische Prägnanz dieser Sentenz zukommt, zeigt sich nun. In den meisten Kriegen gibt es ein Momentum für die schwächere Seite, welches sie nutzen muss. Die Ukraine hat diesen Kairos im Frühjahr 2022 vorübergehen lassen. Als die Bereitschaft hochbrandete, das Äußerste zu geben für die Freiheit des eigenen Landes, war die Generalmobilmachung geboten: Man hätte die allgemeine Wehrpflicht auf achtzehn Jahre senken müssen, um die jüngeren Jahrgänge geschlossen einzuziehen und sorgfältig zu trainieren. Das geschah nicht. Die Ukraine rekrutierte ihre Soldaten vom 27. Lebensjahr an; und so stieg der Altersdurchschnitt ständig an. Beim Beginn der russischen Invasion dürfte er bei 35 Jahren gelegen haben; heute liegt er bei 43 Jahren.

Krieg an der Heimatfront

Eine solche Lage ist grotesk. Die militärische Führung hat 2023 weitere 500.000 Soldaten angefordert, nicht zuletzt weil an der Front zu wenig Rotation stattfindet und übermüdete Soldaten sich nicht erholen können. Vergebens haben die Militärs der befreundeten Staaten gemahnt, die Wehrpflicht auszuweiten auf die jüngeren Jahrgänge. Im April 2024 endlich senkte ein neues Gesetz die Einberufung auf 25 Jahre – nach endlosen Verschleppungen im Parlament. Obschon Präsident Biden am 28. November 2024 Selenskyj eindringlich aufforderte, die Wehrpflicht bis zu den Achtzehnjährigen auszudehnen, weigert sich der mit dem Argument, die Ausweitung der Wehrpflicht sei „heikel“. Die politische Klasse der Ukraine ist augenfällig nicht willens, die wichtigste Ressource für den Freiheitskrieg zu mobilisieren. Welche Gründe kann sie dafür haben angesichts von kollabierenden Abschnitten an der Front und von massenhafter Fahnenflucht?

Das Schicksal der 155. Mechanisierten Brigade beleuchtet grell die moralische Situation des Landes. Diese Einheit wurde drei Monate lang in französischen und polnischen Lagern ausgebildet und vorzüglich ausgerüstet. Anfang Dezember 2024 meldete die „Kyiv Post“, dass „fast tausend“ Angehörige der Brigade desertiert seien. Es war zu erwarten. Irgendwann musste die Erschöpfung der Frontkämpfer jenes Syndrom zeitigen, das im

August 1918 die deutschen Truppen an der Westfront niederzwang: Ein Übermaß an Verausgabung aller Energien, eine überlange Dauer des Kampfes gegen eine materielle und personelle Übermacht, all das verzehrt die moralischen Kräfte. Insbesondere aber entmutigt das die neu Rekrutierten. Die Front dünnt an manchen Abschnitten aus, weil zermürbte Soldaten von ihren Einheiten weglaufen, sodass man inzwischen mit mehr als 120.000 Deserteuren rechnet. Wie sehr solche Fahnenfluchten die weiterkämpfenden Kameraden deprimieren, mag man sich nicht ausmalen.

Die sinkende Kampfwilligkeit im Reservoir der Wehrpflichtigen scheint zu belegen, dass auch die Ukraine eine postheroische Gesellschaft geworden ist. Spricht dafür nicht auch die sehr niedrige Geburtenrate? Mit ihr werden Kinder zu einem knappen Gut, welches man nicht zu opfern willens ist. Indes, gegen diese Sicht erheben sich Einwände. Führt eine Nation Krieg, dann hat sie nicht bloß eine Front, sondern auch eine Heimatfront. Diese wird desto wichtiger, je überlegener der Feind an Menschen und Material ist. Als die Russen das Land angriffen, floh etwa ein Fünftel seiner Einwohner ins Ausland. Obschon viele zurückgekehrt sind, dürften sich noch mehr als fünf Millionen außerhalb der Ukraine aufhalten, darunter weit mehr als 700.000 Wehrtaugliche.

Nun sind Menschen die kostbarste Ressource in einem Krieg. Wären die Geflohenen im Lande, könnten die meisten von ihnen wertvolle Einsätze an der Heimatfront leisten. Eine Heimatfront pflegt eigene Praktiken, Diskurse und Symbole. Diese bewirken eine gewisse Militarisierung des alltäglichen Lebens. Denn ihr obliegt es, die sozialen Energien anzuspannen für das politische Ziel, nämlich die kriegerische Selbstbehauptung der sich bildenden Nation. Doch in den ukrainischen Städten läuft anscheinend die Vergnügungsindustrie weiter wie im Frieden. In den Diskotheken und in den Fitnessstudios tummeln sich junge Männer im wehrfähigen Alter. Das macht böses Blut bei den Angehörigen jener, die an der Front Leben und Gesundheit einsetzen. Gemessen an den Erfordernissen des Krieges ist das ein politischer und moralischer Missstand, dessen tagtäglicher Anblick den Kampfeswillen aller untergräbt. Der ukrainische Staat scheint es darauf angelegt zu haben, die Zivilgesellschaft im Zustand des „normalen Lebens“ zu halten. Doch gerade eine solche Weiterführung der Normalität ist abnormal, weil widersinnig, wenn die Unterwerfung droht.

Die mentalen und geistigen Effekte einer solchen Normalität lasten schwer. Sie spaltet die moralische Landschaft in zwei Sinngebiete, die einander schmerzlich ausschließen. Die Sphäre des Kampfes an der Front benötigt militärische Werte und Verhaltensweisen. Sie ist aber angewiesen auf den moralischen Rückhalt der Nation, für die man das Äußerste zu geben bereit ist. Doch eine pulsierende Sphäre ziviler Normalität suggeriert den Zivilisten, der Krieg sei eine leidige Begleiterscheinung, die mit ihrer Existenz nichts zu tun hätte. Diese Normalität negiert die Zwecke der Heimatfront und marginalisiert den Krieg, während er noch tobt. So erzeugt sie eine Mentalität, die sich verhängnisvoll auswirkt, sobald der Krieg endet und der Friede eintritt. Denn sie widerstrebt der Aufnahme des beendeten Krieges in den moralischen Haushalt der Nation und widersetzt sich seiner Bedeutung als einer kollektiven existenziellen Leistung, dank welcher sich ein Staat behauptet und eine neue Nation ihre politische Identität errungen hat.

Die kurzsichtige Annahme, dass Kriege zu einer Sache von Berufsarmeen geworden wären, da diese doch „effizienter“ seien, kann nur überzeugen, wenn man die kulturellen Voraussetzungen von Kriegen missachtet. Die Sentenz des französischen Generalstabschefs erhält eine beklemmende Relevanz. Wird dem Krieg jene blutig errungene Würde entzogen, dann ist der Sinnhorizont derer, die sich geopfert haben für die Nation, unverträglich mit dem Sinnhorizont derer, die ohne Opfer den Nutzen ziehen aus der

kollektiven Leistung. Ein solches Auseinanderbrechen wird Folgelasten auf das Zusammenleben nach dem Kriege legen, moralische, soziale, sozialpsychologische, edukative und kulturelle. Wenn die politische Kultur sich nicht darauf ausrichtet, die beiden Sinnhorizonte aufeinander zu beziehen, droht das, was in den Vereinigten Staaten nach dem Vietnamkrieg geschah, als die kriegsmüde amerikanische Gesellschaft sich großenteils weigerte, den Vietnamkrieg als den ihrigen anzuerkennen, und damit so viele Veteranen in eine umfassende Sprachlosigkeit verstieß und als die verweigerte kollektive Mnemopathie aus ihnen traumatisierte Menschen machte.

Tabuisierung der Feindschaft

Ziehen wir ein Fazit. Der Krieg, so sagt Thukydides, ist ein gewalttätiger Lehrmeister. Aber was lehrt er? Vor allem das historische Gewicht jener Sentenz Napoleons: „Im Kriege zählen die moralischen Faktoren zu drei Vierteln, die Balance der Kräfte nur zu einem Viertel.“ Am Einsatzwillen von Individuen und Gruppen hängen alle herausragenden Kulturleistungen; und der kollektive Opfermut ist die kardinale Ressource jeder kriegerischen Verteidigung. Solange die waffentechnische Überlegenheit des Feindes kein Missverhältnis im Gefecht herstellt, bringt die größere Ausdauer, die höhere Anstrengung und die stärkere Bereitschaft, Opfer zu bringen, den Sieg. Das heißt umgekehrt: Die Wehrfähigkeit einer Demokratie ist eine Resultante von mehreren Komponenten; und es ist nicht schwer, sie zu beeinträchtigen, wenn man die zentrale Komponente beschädigt.

Nun, da die Sorge lauter wird, es würden immer mehr westliche Staaten kriegsunfähig, ist daran zu erinnern, dass diese Unfähigkeit den Kern des Politischen betrifft. Zur militärischen Wehrlosigkeit treiben einige Faktoren, zwei davon beweisen eine besondere Schubkraft, zum einen die Tabuierung der Feindschaft in den öffentlichen Diskursen, zum anderen die ehrabschneidenden Angriffe auf die Streitkräfte.

Zunächst zum ersten Faktor. Feindschaft nicht denken können heißt die Augen vor dem Ernstfall verschließen. Und sämtliche Doktrinen, die den Ernstfall ausblenden, sind politisch untauglich und philosophisch wertlos. Jürgen Habermas hatte 1995 behauptet, die globale Menschheit befinde sich im „Übergang vom Völkerrecht zum Weltbürgerrecht“. Folgerichtig nannte er den Krieg gegen Serbien 1999 einen „Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand“. Diese Umbenennung eines Krieges zum „Vorgriff“ auf eine zu realisierende Utopie verwischt den Unterschied zwischen Krieg und Frieden, beraubt die Feinde ihres völkerrechtlichen Status und reduziert sie zu Verbrechern. Wer sich weigert, die Feindschaft zu denken, landet dort, wovor Carl Schmitt gewarnt hatte, nämlich den Feind entweder zu kriminalisieren oder ihn in einem Aufklärungsexzess zu infantilisieren, ihn also zu verwandeln in eine Bande von Uneinsichtigen, die man gewaltsam erziehen müsse. Demgemäß hat der dominante Diskurs über zwei Dekaden behauptet, Feindschaft sei vermeidbar, und bestritten, dass es noch Feinde gab – bemüht, den Begriff der Feindschaft überhaupt zu ächten.

Anerkennung der Opferbereitschaft

Indes, Feindschaft entsteht, wenn eine Seite die Feindschaft will. Die Angefeindeten mögen die Augen davor verschließen; trotzdem sind sie außerstande, sich der Feindschaft zu entziehen. Der Feind ist deswegen Feind, weil er unser politisches Sein infrage stellt und eventuell zerstören will. Geht man ins Grundsätzliche, wird man schwerlich die Kritik umgehen können, die Heidegger vorbrachte gegen Carl Schmitts These, wonach die „spezifisch politische Unterscheidung“ diejenige von Freund und Feind sei. Nach Heidegger ist jedoch die Selbstbehauptung das Wesentliche des Daseins. Das Wesen des Politischen setze die Selbstbehauptung voraus, die Feindschaft sei somit „nur Wesensfolge des

Politischen“. Das heißt umgekehrt: Wer sich weigert, Feindschaft zu denken, hat die politische Selbstbehauptung aufgegeben.

Der zweite Faktor taucht in den öffentlichen Diskussionen kaum noch auf. Es geht nicht zuletzt um das Skandalon, dass man in Deutschland Soldaten als Mörder beschimpfen darf. Dieser berühmte Satz Kurt Tucholskys untergräbt die Gewilltheit, sich mit dem Gemeinwesen zu identifizieren, an zentraler Stelle – nämlich dort, wo der demokratische Staat dem schwersten Konflikt ins Auge sehen muss. Dreimal urteilte das Bundesverfassungsgericht, der Satz sei vom Artikel 5 GG erlaubt, 1992, 1994 und 1995. Im Juni 1999 scheiterte der letzte Versuch, ein Gesetz zum Ehrenschutz für Soldaten auf den Weg zu bringen. Der Bundestag begründete die Ablehnung des Antrags damit, es sei ein besonderer Ehrenschutz für die Bundeswehr „weder gerechtfertigt noch erforderlich“. Unsere politische Klasse glaubt demnach, dass Soldat sein ein Beruf wäre wie andere auch.

Indes, im Gegensatz zur Leistung aller anderen Berufe gibt es für diese „Leistung“ – bereit sein, das eigene Leben einzusetzen für die politische Gemeinschaft – kein materielles Äquivalent. Wer für eine politische Gemeinschaft das Leben zu opfern bereit ist, darf und soll vor allem ein immaterielles Äquivalent beanspruchen, das tendenziell ebenso grenzenlos ist wie die Kostbarkeit des Lebens. Das einzige geeignete Äquivalent ist das ehrende Gedenken für die Gefallenen, die ehrende Anerkennung der Veteranen und die Achtung vor der beschworenen Todesbereitschaft derer, die unsere politische Freiheit bewaffnet sichern.

Entpolitisierte Gesellschaften

Der Satz Tucholskys negiert das alles. Freilich ist seine politische Auswirkung nicht augenblicklich erkennbar, also für Juristen nicht vorhanden. Indes, ein kultureller Prozess des Entmutigens und Demotivierens vollzieht sich langsam, zeitigt seine Effekte erst eine Generation später. Nicht ohne Grund nahm die Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik in den Neunzigerjahren ein Ausmaß an, das daran zweifeln ließ, ob die Republik noch wehrfähig bleibe. Ein solcher Wandel der „Eingestelltheit“ scheint anzuzeigen, dass wir in eine postheroische Epoche eingetreten sind. Aber trifft das zu?

Solange der Krieg, wie Clausewitz darlegt, ein äußerstes Mittel der Politik ist, kann es sensu stricto keine postheroischen Gesellschaften geben, sondern nur entpolitisierte. Wieso? Die postheroische Gesinnung setzt Schillers Diktum „Das Leben ist der Güter höchstes nicht“ außer Kraft. Doch dann verschwände, wie Hannah Arendt gesagt hat, alle Moral und jede Ethik aus dem menschlichen Leben; und so fiele dieses auf ein animalisches Niveau. Gott sei Dank ist dem nicht so. Die subjektive Bereitschaft der Menschen, nötigenfalls das Äußerste zu opfern, ist immer vorhanden – ebenso wie jener vom Liberalismus so gehätschelte Selbsterhaltungstrieb.

Allerdings wird der kriegerische Opfermut knapp, wenn ein pazifistisches Klima die wertemäßige Verbundenheit mit dem Gemeinwesen auslaugt und die politische Zugehörigkeit entwertet; denn dann mutieren die Staatsbürger zu Gesellschaftern und entpolitisieren sich. Just diese Entpolitisierung ist das Problem. Verdeutlichen wir: Werte sind historische Existenziale, weil in allen Kulturen Menschen sich von Werten leiten lassen, für die sie nötigenfalls das Äußerste drangeben würden. Werte existieren in dem Maße, wie Menschen gewillt sind, für sie Opfer zu bringen.

Kostenlose Werte sind wertlos. Indes, die den einzelnen Staatsbürger leitenden Werte brauchen halt keineswegs jene der eigenen politischen Gemeinschaft sein. Maßgeblich ist, welchen Wert die Staatsbürger der politischen Freiheit zumessen und wie wertvoll ihnen die Zugehörigkeit zu ihrer Nation ist. Wenn die Politisierung steigt, dann steigert sich auch der Opfermut. Die „postheroische Gesellschaft“ lauert daher immer als eine latente historische

Möglichkeit – sei es in der Bundesrepublik, sei es in der Ukraine. Sie indiziert mitnichten eine „moderne“ Phase der menschlichen Geschichte.

Egon Flaig ist Emeritus für Alte Geschichte an der Universität Rostock.

(FAZ, 11.03.2025)

Welche Opfer wollen wir bringen, um keine zu werden

Haben Habermas und Tucholsky daran Schuld, dass wir heute das Militär verachten und so tun, als hätten wir keine Feinde? Eine Antwort auf Egon Flaigs Manifest eines deutschen Opfer-Nationalismus.

Von Oliver Eberl und Julian Nicolai Hofmann

Unter dem Titel „Die Demokratie vor dem Ernstfall“ erschien am 11. März im Feuilleton der F.A.Z. ein langer Artikel von Egon Flaig. Der emeritierte Althistoriker der Universität Rostock fordert vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs eine Rückbesinnung der Deutschen auf den Republikanismus – die entlang der von Flaig gezogenen Linie auf eine endgültige Verabschiedung des Liberalismus der Bundesrepublik hinauslaufen müsste. Die Ukraine führt in Flaigs pathetischer Diktion einen „gründenden Krieg“, einen Krieg, an dessen siegreichem Ende die eigentliche Begründung eines ukrainischen Nationalstaats stehen soll. Flaig möchte, dass die Deutschen diesen Krieg nicht nur unterstützen, sondern auch studieren – und gleichzeitig bemängelt er, dass die Ukraine ihn nicht richtig zu führen wisse.

Die ukrainische Regierung hätte nach Flaig sogleich 2022 eine Generalmobilmachung anordnen und alle Männer ab 18 Jahren einberufen sollen (und nicht ab 27 wie geschehen). Ihr zweiter Fehler sei, die Heimatfront nicht kriegstauglich zu machen und stattdessen ein unbeschwertes Leben hinter der Front zu ermöglichen. Flaig beschreibt das Leben im Hinterland so: „In den ukrainischen Städten läuft anscheinend die Vergnügungsindustrie weiter wie im Frieden. In den Diskotheken und in den Fitnessstudios tummeln sich junge Männer im wehrfähigen Alter.“ Von zerstörter Infrastruktur, nächtlichen Bombenangriffen, zerbombten Wohnungen, verzweifelten Kindern ist hier keine Spur und Rede. Junge Männer tummeln sich anscheinend demonstrativ in Diskotheken. Diese geduldete Zerstreuung verhindert in Flaigs Vorstellungswelt, was ihm zufolge jetzt gelingen könnte: die Entstehung einer wahrhaften Nation im Krieg.

Schon Rousseau widersprach der Entgrenzung des Feindbegriffs

Welches Politikverständnis tritt hier hervor? Nach Flaig entsteht Feindschaft, „wenn eine Seite die Feindschaft will“. Kann aber wirklich jeder jedem jederzeit ein Feindverhältnis aufzwingen? Schon Jean-Jacques Rousseau wandte ein, dass der Krieg ein Verhältnis von Staaten zueinander ist, nicht von Menschen. Für Flaig ist der „Feind deswegen Feind, weil er unser politisches Sein infrage stellt und eventuell zerstören will“. Festzustellen, ob dies von allen so empfunden wird, erfordert indes mehr als eine Erklärung der Regierung.

Die aus der Terrorismusdebatte seit 2001 bekannte existenzialistische Deutung der Figur des Feindes zeigt an, dass es Flaig um den erneuten Versuch geht, echten Nationalismus in die Berliner Republik einzuführen. Der Ernstfall ist jetzt, also ist jetzt der Moment, die Notwendigkeit nicht nur der Kriegsbereitschaft, sondern auch der Opferbereitschaft einzusehen. Hier soll die Zeitenwende zur geistig-moralischen Wende weitergetrieben und in einem Opfer-Nationalismus vollendet werden.

Flaig kann seine Überlegungen als Schlussfolgerungen aus einer republikanischen Theorie der Politik präsentieren, indem er die republikanische Tradition um ihre demokratische und soziale Dimension bereinigt. Pflichten adressiert sein martialisch zurechtgestutzter Republikanismus ausschließlich an die Bürger, nicht an das Gemeinwesen. Schon vor hundert Jahren diente solche Rhetorik dazu, die sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft zu übertünchen und dabei die tatsächlichen republikanischen Freiheiten zu verabschieden.

Kant und Habermas falsch gedeutet

Wenn Flaig Immanuel Kant als Kronzeugen gegen Jürgen Habermas anführt, deutet er beide falsch. Nicht nur hat Habermas die Bereitschaft, mit der Waffe zu dienen, als Teil der staatsbürgerlichen Solidarität beschrieben, auch hat Kant „die zivische Pflicht zur Verteidigung des Gemeinwesens“ nicht bedingungslos gerechtfertigt. Flaig erwähnt, dass bei Kant der Staatsbürger immer als mitgesetzgebendes Glied des Staatskörpers zu betrachten ist, „nicht bloß als Mittel“, und daher „auch zu jeder besondern Kriegserklärung, vermittelst seiner Repräsentanten, seine freie Beistimmung geben“ muss, damit der Staat diesen „gefahrvollen Dienst“ von ihm einfordern kann. Hier ist aber die weitere Bestimmung Kants zu ergänzen, der daraus eine „Pflicht des Souveräns gegen das Volk (nicht umgekehrt)“ ableitet, dass es seine „Stimme dazu gegeben haben müsse“. Kant betont, dass das Volk „den Souverän selbst vorstellt“.

Aber auf eine Abstimmung kommt es Flaig weder in der Ukraine noch in der Bundesrepublik an. Er leitet genau umgekehrt eine Pflicht des Bürgers zum Opfer ab, wo Kant darauf bestand, dass nur die in Waffen dienenden Bürger eine solche für sich selbst beschließen können. Gegen „die gesamte Frankfurter Schule aller Generationen“ stehe „Kant als Republikaner“, behauptet Flaig: „Wenn eine Doktrin die Idee des Opfers aus dem politischen Denken exorziert, dann weigert sie sich, den Ernstfall zu denken. Wie viel sie taugt, kommt zum Vorschein, sobald der Ernstfall eintritt.“ Hier verkehrt Flaig die republikanische Idee ins Gegenteil: Wo Republikanismus Freiheit, Gleichheit und Partizipation verlangt, setzt er auf Unterwerfung unter einen Opfer-Imperativ. Der Staat soll dem Bürger vorgehen.

Neben der Freiheit kommt Flaig auch die Gleichheit als zweiter republikanischer Grundwert abhanden, wenn er soziale Gleichheit in die soldatische Uniformität einer Gemeinschaftsfront aus Front und Heimatfront übersetzt. Schon bei Niccolò Machiavelli war es nicht allein die Kriegstüchtigkeit, sondern zuvorderst die egalitäre Grundlage der Republik, die eine tugendhafte, nicht korrumpierbare Lebensweise förderte. Den Vorteil des republikanischen Bürgerheeres sah er genau wie später Kant gerade darin, dass es aus freien und gleichberechtigten Bürgern besteht, die ein eigenes Interesse an der Verteidigung ihres Gemeinwesens haben. Dies unterscheidet das Bürgerheer von Söldnern, deren Loyalität erkauft werden muss, wie auch von einer durch Zwangsrekrutierung aufgeblähten stehenden Armee, die den Bürger zum bloßen Mittel der Staatsräson degradiert.

Absolute Gleichheit in den deutschen Städten

Gegen jede bedingungslose Kriegsbereitschaft stellt Machiavelli in seinen „Discorsi“, den Erörterungen zu den Lehren der römischen Geschichte, heraus, dass sich die wohlgeordnete Republik niemals allein auf militärischen Drill und Opferbereitschaft stützen kann, sondern ihre Grundlage in der gerechten Verteilung von Macht und Eigentum findet. Die Bürger müssen einen realen Anteil am Reichtum des Gemeinwesens haben, um die Bereitschaft zu seiner Verteidigung mobilisieren zu können: Ohne Antwort auf die soziale Frage keine Kriegstüchtigkeit. Die von Machiavelli bewunderten deutschen und schweizerischen Städte sind wehrhaft und frei, weil sie „streng auf absolute Gleichheit im Inneren achten und

erbitterte Feinde der Herren und Ritter ihres Landes sind“. Aus keinem anderen Grund lobte Machiavelli die römischen Ackergesetze der Gracchen, die den Plebejern durch Umverteilung den Zugang zu Land und Eigentum ermöglichten.

Intellektuelle wie Habermas und vor ihm Kurt Tucholsky haben laut Flaig zwei Ursachen heutiger Wehrlosigkeit gefördert: „zum einen die Tabuierung der Feindschaft in den öffentlichen Diskursen, zum anderen die ehrabschneidenden Angriffe auf die Streitkräfte“. Politik nicht mehr in Feindverhältnissen zu denken: Dieses Element des Gründungskonsens der Bundesrepublik gilt Flaig als Grundfehler, den er nun beheben möchte. Für ihn kommt die Republik dann zu sich selbst, wenn sie um ihre Existenz kämpft.

Folgerichtig scheint Flaigs Republikanismus auf keine soziale Grundlage angewiesen – er verlangt Einsatz, ohne Teilhabe zu garantieren. Dagegen wusste Machiavelli nur zu gut, dass Tugend und Wehrhaftigkeit nicht erzwungen werden können, sondern durch eine gerechte Ordnung kultiviert werden müssen. Privater Reichtum und der „Ehrgeiz der Großen, der das Gemeinwesen bald zum Untergang führt“, verderben den Gemeinsinn und die Widerstandsfähigkeit.

Mit Blick auf unser Land lässt sich bezweifeln, dass die Bedingungen für republikanischen Eifer gegeben sind: Der Wehrdienst, der wieder eingeführt werden soll, und auch das Modell des sozialen Pflichtjahrs versprechen jungen Menschen zum Ausgleich weder mehr Teilhabe noch soziale Gerechtigkeit. Was die postheroische Mentalität angeht, ist auch die Ukraine offenbar schon ein normaler Nationalstaat: Die hohen Zahlen von Desertionen, die Flaig beklagt, sind ein Indiz dafür, dass nicht allen Soldaten klar ist, was sie genau verteidigen. Zudem sind die Profiteure der Aufrüstung, ganz wie zu Machiavellis Zeiten, die Edelleute, die „Herren und Ritter“, die sich mit ihren privaten Interessen der gemeinwohlorientierten Republik entziehen. Von den gestiegenen Aktienkursen von Rheinmetall, Renk und Thyssen profitiert sicherlich nicht Machiavellis popolo.

Flaig ist schon weiter als die Verteidiger der liberalen Weltordnung unter seinen Professorenkollegen, die eine Deutschland-Koalition der nationalen Geschlossenheit fordern und dabei demokratische Debatten über angemessene Mittel, mögliche Alternativen und soziale Folgen im Namen des insinuierten Ernstfalls implizit disqualifizieren. In der für seine Schriften charakteristischen Deutlichkeit zeigt Flaig, wohin dieser Weg führen kann: nicht zur Stärkung einer demokratischen und egalitären Republik, sondern zu einem Opfer-Nationalismus, der Deutschland die Zivilität der Bundesrepublik austreibt und republikanische Tugend in kriegsbereite Gefolgschaft umdeutet.

Oliver Eberl und Julian Nicolai Hofmann arbeiten als Politikwissenschaftler an der Universität Marburg.

(FAZ, 09.04.2025)

Mit jungen Männern allein sind wir verloren

Eine künftige Wehrpflicht sollte alle Lebensalter und Gesellschaftssphären erfassen.

Von Burkhard Meißner

Im Feuilleton dieser Zeitung wird über die Wehrpflicht debattiert. Der Althistoriker Egon Flaig deutete sie (F.A.Z. vom 11. März) als notwendige Implikation der Bürgerrolle in einer Republik. Die Politikwissenschaftler Oliver Eberl und Julian Nicolai Hofmann (F.A.Z. vom 9. April) dagegen warnten vor ihr: Partizipationschancen, Egalitätsansprüche, materielle Vorteile und Sozialtransfers könnten zur Verteidigung motivieren, wo eine Pflicht angeblich

abschrecken müsste, obwohl doch historisch betrachtet die Wehrpflicht und der Aufbau der Bundeswehr zur Herabsetzung des Wahlalters auf achtzehn geführt haben, Partizipation also dem Wehrbeitrag folgt, nicht umgekehrt; unser Zeitalter ohne Wehrpflicht gilt daher nicht zufällig manchem als „postdemokratisch“.

Wenn Bürger sich nicht selbst verteidigen, tut dies jemand anderer für sie oder niemand; dann verlieren die Bürger Geld, Freiheit und Autonomie und werden Kunden, Vasallen oder Untertanen. Den Krieg provozieren nicht nur Erpresser, sondern auch Erpressbare; bürgerliche Selbstverteidigung stabilisiert den Frieden, wenn Wille und Fähigkeit der Bürger zur Verteidigung einen Angriff aussichtslos erscheinen lassen. So hat die Wehrpflichtarmee zwischen 1955 und 1990 durch Abschreckung den Frieden gesichert – und Gewalt nicht in homöopathischen Größen, sondern in Dimensionen des Schreckens organisiert.

Der Aufbau dieser Bundeswehr (490.000 Mann) brauchte zwanzig Jahre, die Wehrpflicht und einen Verteidigungshaushalt von drei bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts. Heute ist ihr Personal auf ein Drittel, die Zahl der Kampfpanzer auf ein Zehntel und die Reserve auf ein Dreißigstel geschrumpft – eine kleine Freiwilligenarmee als Kind der „Friedensdividende“, der „Einsätze“ und des humanitären Interventionismus der Jahrtausendwende. Sie auch nur auf 203.000 Männer und Frauen zur Verteidigung zu vergrößern, gelingt schon seit acht Jahren nicht – seit Ursula von der Leyens „Trendwende Personal“. „Gap year“ und „work and travel“ sind Massenphänomene, und doch motivieren Geld, Ausbildung und Status sowie Mobilität, Risiken, Abenteuer und Erfahrungsgewinn zu wenige zum Militärdienst. Russland hat mehr als eine Million Soldaten und zwei Millionen Reservisten, die NATO immer noch mehr, doch ohne die Vereinigten Staaten könnte sich Europa nicht verteidigen. Dass die Bundeswehr ohne Wehrpflicht mit einem Militäretat, der nur bis zu einem Prozent des BSP einnahmenfinanziert ist, in nur fünf Jahren, wie beabsichtigt, verteidigungsfähig gegen Russland werden könnte, ist unrealistisch.

Als Wehrpflicht verstanden wird meist der in Deutschland bis 2011 praktizierte, etwa einjährige Dienst junger Männer, mit danach gelegentlichen Wehrübungen. Schweden hat seit 2017 eine Wehrpflicht für Frauen und Männer, die vier Prozent (ca. 4000) eines Jahrgangs freiwillig ableisten, vergütet mit Bildungs- und Finanzvorteilen. Etwas Ähnliches schwebt der Bundesregierung vor, wie der Koalitionsvertrag (Sp. 4149ff.) festhält. So könnte man bei Geburtsjahrgängen von knapp 700.000 in diesem Jahrzehnt bis zu 100.000 Reservisten ausbilden, bei einer Beschränkung auf Männer dauerte es mehr als doppelt so lange und für Kriege heutiger Größenordnung viele Jahrzehnte. Das Modell käme zu spät: Ohne Wehrpflicht dürfte der geplante Aufwuchs der Bundeswehr kaum gelingen.

Die meisten Wehrpflichtmodelle variieren den in der Antike und seit der Französischen Revolution praktizierten Wehrdienst junger Männer; aber auch in den Staaten mit Berufsarmeen ist das Alters- und Geschlechtsband der Soldaten ähnlich: Männer zwischen 18 und 30 Jahren ohne ausgeprägte Affektkontrolle, ungebunden, mobilitäts- und risikobereit, mit geringer Lebenserfahrung und oft hoher Aggressivität: das Profil von Kriegern. Kriege des einundzwanzigsten Jahrhunderts erfordern anderes. Miniaturisierung und Skalierbarkeit der Waffen, ihre automatische Steuerung und kommunikative Vernetzung bedingen, dass kleine Gruppen sie einsetzen, selbst gefährdet durch derartige Waffen, daher hoch mobil und selbständig, aber weiträumig koordiniert und gestützt auf komplizierte Taktiken, im Rahmen komplexer Operationsplanungen.

Dieser Krieg braucht Lernfähigkeit und Innovation, komplexes Wissen und Können; nicht nur als Stabsoffiziere, sondern in allen Funktionen von Kampf und Kampfunterstützung spielen auch Soldaten jenseits der 30 wichtige Rollen. Deutschland wäre in einem künftigen Krieg

nicht nur Schlachtfeld, sondern Rückraum und logistische Drehscheibe. Dafür bedarf es einer Stärkung der militärischen Verteidigung, aber auch der Zivilverteidigung, Verkehrsinfrastruktur, Notfall- und Daseinsvorsorge; Rollen und Funktionen der Bürger darin sind vielfältiger und voraussetzungsreicher als im Kalten Krieg. Auf diese neue Funktionsvielfalt stellt sich die Bundeswehr ein, indem sie Reserven mit breiterem Alters-, Geschlechts- und Kompetenzprofil ausbildet – auch sogenannte Ungediente und auch außerhalb des Wehrdienstes, um die Fähigkeits- und Mentalitätsbasis der Bundeswehr zu verbreitern. Die geplanten sechs Heimatschutzregimenter mit 6000 Dienstposten dürften allerdings zu wenig und zu spät sein, und ohne Wehrpflicht wird ein größerer Aufwuchs kaum gelingen.

Für eine Wehrpflicht spricht auch: Die Bundeswehr als Freiwilligenarmee steht in der Gefahr, sich zur von der Gesellschaft abgeschotteten Behörde zu entwickeln. Nicht nur erhalten ihre Angehörigen selten gesellschaftliche Anerkennung; Mentalität und innerer Führung der Armee selbst schadet ihre Randständigkeit. Der Ukrainekrieg aber stellt sich als Innovations- und Lernmaschine dar, die falsche Maßstäbe und ihre Träger vernichtet. Einer Wehrpflicht bedarf es daher schon, um erstarrte Strukturen und Mentalitäten aufzubrechen. In ihrer gegenwärtigen Verfassung als Behörde, die über nicht weniger Generals- und Admiralsposten verfügt als zur Zeit ihrer dreifachen Größe, fehlen der Bundeswehr Ideenvielfalt und Realitätssinn, wie sie eine große Wehrpflichtarmee eher sicherstellen kann als eine kleine Freiwilligenarmee.

Es wird daher eines Pflichtdienstes in vielfältigen Formen bedürfen, damit Verteidigung zum gesamtgesellschaftlichen und -staatlichen Anliegen werden kann; Muster dafür gibt es: Bürgermilizen wie den estnischen Kaitseliit; sachlich und regional strukturierte nebenberufliche Milizverbände wie die National Guard in den Vereinigten Staaten; die Schweizer Miliz mit einer Wehrpflichtersatzabgabe, um Finanz- und Gerechtigkeitsprobleme der allgemeinen Wehrpflicht zu vermeiden; die Verzahnung von Armee, Wirtschaft und Gesellschaft, die in Israel Gesamtverteidigung möglich macht und Abschottung vermeidet. Denkbar sind Wochenend-, Ferien- und Feierabendkurse und -dienste wie im Baltikum. Militärische Pflichtdienste über ganze Berufsbiographien hin mit dem Leben der Bürger zu verzahnen und sich nicht allein auf die Aggressions- und Opferbereitschaft junger Männer zu stützen, sondern auf Wissen und Kompetenzen, Ideenreichtum, Initiative und Erfahrung der ganzen Gesellschaft, dürfte für eine republikanische Wehrpflicht in der Gegenwart essenziell werden.

Auch in der Ukraine unterstützt die Mehrheit den Krieg tatkräftig und lebt zugleich die Scheinnormalität eines friedlichen Alltags; darin liegt kein Defizit, sondern eine Realität der meisten Kriegsperioden seit dem zwanzigsten Jahrhundert, die manifestiert, was zu verteidigen ist: das normale Leben normaler Bürger. Zur Überwindung der europäischen Schwäche sollte Verteidigung also eine Pflicht aller Bürger sein; auf absehbare Zeit dürfte dies wichtiger sein als sozialer Ausgleich und allgemeine Wohlfahrt, und es dürfte großer Anstrengungen bedürfen, wenn gelingen soll, was seit den Neunzigerjahren und erst recht seit 2014 nicht gelang: die Abschreckung gegenüber Russland.

Institutionen und Strukturen einer solchen Dienstpflicht zu entwickeln, die der Vielfalt und Komplexität des Lebens entsprechen, das verteidigt werden soll: Darauf sollte sich die Debatte über Wehrpflicht richten. Regierung und Bürger dürften bald erkennen, dass Freiheit nur verteidigt wird, wenn die Bürger dies als Pflicht selbst in ihre Hand nehmen. Mit „Opfer-Nationalismus“ (Eberl/Hofmann) hat das nichts zu tun, sondern mit Einsicht in die Situation: Nur wer verteidigungsfähig ist und sich verpflichtet, für die Freiheit Opfer zu bringen, kann verhindern, dass sein Leben und seine Freiheit tatsächlich zu Opfern werden.

Burkhard Meißner, Oberst der Reserve, ist Professor für Alte Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg und Gründungsvorstand German Institute for Defence and Strategic Studies.

(FAZ, 16.05.2025)